

Seelische Gesundheit In NRW gibt es laut der Landesregierung eine Überversorgung mit Psychotherapeuten – Experten halten die Daten für irreführend und falsch

VON DETLEF SCHMALENBERG

Köln. Für Joshua fühlen sich die Tage schwer und unerträglich an. Wenn er es aus dem Bett schafft und in den Supermarkt, dann ist es gut gelaufen. Wenn nicht, bringt die Mutter dem 32-Jährigen das Lebensnotwendige. „Ich brauche Hilfe, so schnell wie möglich“, sagt der junge Mann, der unter Depressionen leidet. Das zu akzeptieren, dafür hat er lange gebraucht. Seit etwa vier Monaten sucht Joshua (Name geändert) einen ambulanten Therapieplatz. „Aber gefunden habe ich noch keinen“, sagt er.

Es klingt verzweifelt, wenn der Kölner das sagt. Eine Verzweiflung, die es eigentlich nicht geben dürfte. Denn glaubt man den Zahlen des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums, gibt es hierzulande eine nahezu flächendeckende Überversorgung mit Psychotherapeutinnen und -therapeuten. In der Bedarfsplanung für Nordrhein-Westfalen seien mit Stand Oktober vergangenen Jahres 4021,7 Vollzeitstellen mit einem Kassenvertragssitz vorgesehen gewesen, heißt es in einem Papier des Ministeriums. Tatsächlich aber habe es 5451,2 genehmigte und nahezu vollständig besetzte Stellen gegeben.

Die mit Abstand größte Überversorgung gibt es demnach in Köln. Dort seien 386,9 Stellen für Therapeutinnen und Therapeuten vorgesehen, tatsächlich aber 688,2 genehmigt worden. In Düsseldorf gibt es 281,9 Vollzeitstellen mit Kassenvertragssitz (Soll 215,2). Auch der Spitzenverband Bund der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sieht keine Problemlage mit langen Wartezeiten. „79 Prozent der Patientinnen und Patienten warten nach der Kontaktaufnahme weniger als vier Wochen auf ein Erstgespräch“, sagt GKV-Sprecher Helge Dickau. Bis zum Beginn einer Therapie vergingen dann bei 97 Prozent der Betroffenen „erneut maximal vier Wochen“.

Die Zahlen seien „falsch und irreführend“, sagt Gerd Höhner, Präsident der Psychotherapeutenkammer NRW. Nach Erhebungen der Bundestherapeutenkammer warteten 40 Prozent der Betroffenen nach ihrem psychotherapeutischen



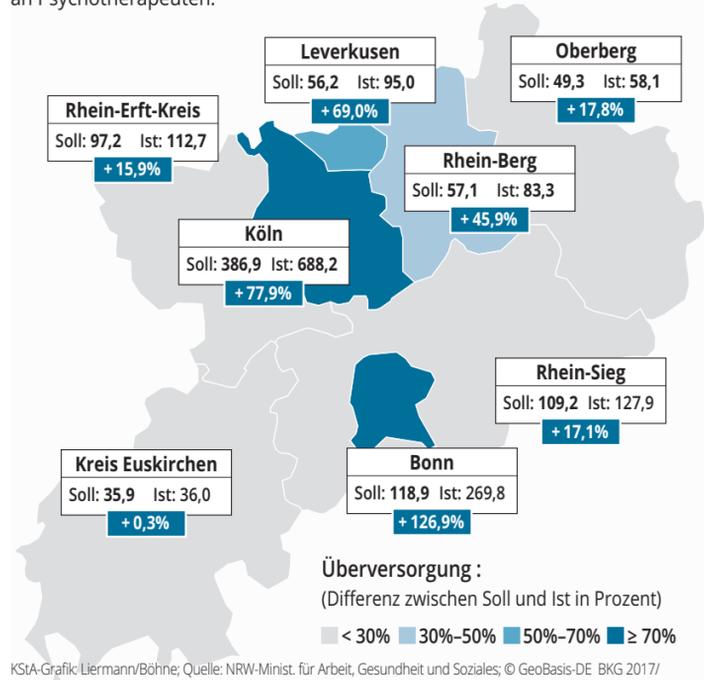
Fotos: dpa

Der Bedarf an Terminen bei Psychotherapeuten ist durch Corona gestiegen.

Das lange Warten auf eine Therapie

Psychotherapeutische Versorgung in der Region

Laut offizieller Zahlen herrscht in der Region Köln eine Überversorgung an Psychotherapeuten:



KStA-Grafik: Liermann/Böhne; Quelle: NRW-Minist. für Arbeit, Gesundheit und Soziales; © GeoBasis-DE BKG 2017/

79

Prozent der Patientinnen und Patienten warten nach der Kontaktaufnahme weniger als vier Wochen auf ein Erstgespräch

Quelle: Spitzenverband Bund der Krankenkassen

schon Erstgespräch, das im Schnitt nach etwa fünf Wochen stattfindet, drei bis neun Monate auf den Beginn einer Behandlung. Im Schnitt seien es bundesweit 19,9 Wochen. In Nordrhein-Westfalen warte man besonders lang auf einen Therapieplatz – im Schnitt 23,1 Wochen, fast sechs Monate.

„Und die Nachfrage steigt zunehmend, unter anderem durch Corona“, so Höhner. Wenn Erwachsene monatelang auf Hilfe warten müssten, sei das schon schlimm genug. „Aber man stelle sich die Situation eines i-Dötzchens vor, das nach vier Wochen in der Schule massive Auffälligkeiten wie zum Beispiel Einnäsen und Stottern entwickelt, dann erst mal zum Kinderarzt geht, der die Mutter – zum Glück immer häufiger – an eine Erziehungsberatungsstelle verweist, wo es dann – was schnell wäre – nach vier Wochen einen Termin gibt und dort dann



Vor allem Kinder und Jugendliche leiden unter langen Wartezeiten.

Acht Tote bei Unfällen am Wochenende

Innenminister Herbert Reul appelliert an Auto- und Motorradfahrer

Düsseldorf. NRW-Innenminister Herbert Reul hat sich besorgt über eine Reihe tödlicher Unfälle am langen Pfingst-Wochenende geäußert. „Insgesamt acht Menschen haben seit Freitag im Straßenverkehr, teilweise unter tragischen Umständen, ihr Leben verloren“, sagte der CDU-Politiker am Montag. „Das macht mich nachdenklich, das beunruhigt mich. Deshalb bitte ich alle Verkehrsteilnehmer: Seien Sie aufmerksam, fahren Sie nur fahrtüchtig und achten Sie stets auf einen einwandfreien Zustand ihres Fahrzeugs. Damit alle wieder heil zu ihren Familien zurückkommen“, sagte Reul.

Vor allem Motorradfahrer waren bei dem schönen Wetter in Unfälle verwickelt. Im niederrheinischen Tönisvorst starben ein 43-jähriger Motorradfahrer und seine mitfahrende 13 Jahre alte Tochter, als sie mit einem abbiegenden Auto kollidierten. In Breckerfeld im südöstlichen Ruhrgebiet kam ein 24-jähriger ums Leben, als er die Kontrolle über sein Motorrad verlor.

Massenkarambolage auf A43

In Bochum starb eine 18-jährige Autofahrerin bei einer Karambolage mit fünf beteiligten Autos. Weitere 16 Menschen wurden verletzt, zwölf von ihnen kamen ins Krankenhaus. Die 18-Jährige sei mit ihrem Auto von der Fahrbahn Richtung Münster abgekommen und nach rechts gegen die Leitplanke gefahren, sagte ein Polizeisprecher. Anschließend sei der Wagen mitten auf der Fahrbahn zum Stehen gekommen. Der 28-jährige Fahrer des nachfolgenden Fahrzeugs habe den Wagen der 18-Jährigen zu spät gesehen und sei gegen diesen geprallt. Drei weitere Autos fuhren demnach dem Wagen der 18-Jährigen auf, zwei kollidierten auch mit dem Auto des 28-Jährigen. Ersten Erkenntnissen nach hatte die Fahranfängerin aufgrund hoher Geschwindigkeit die Kontrolle über ihr Auto verloren.

Laut Feuerwehr lag die Frau beim Eintreffen der Einsatzkräfte leblos auf dem Seitenstreifen und wurde bereits von Ersthelfern versorgt. Sie starb am Montagmorgen im Krankenhaus. Weitere sieben Menschen wurden bei dem Unfall in der Nacht auf Montag schwer verletzt, darunter zwei Kleinkinder. (dpa)



Massenkarambolage auf der A43 in Bochum Foto: dpa

der psychosoziale Behandlungsbedarf festgestellt wird“, sagt Höhner. Bis es dann ein konkretes Behandlungsangebot gebe, dauere es inklusive dieser Vorlaufzeit „sehr optimistisch gerechnet“ in Summe mindestens ein halbes Jahr.

„Ein halbes Jahr im Leben eines Siebenjährigen ist unheimlich viel Zeit, die Bildungskarriere ist extrem belastet“, so Höhner. Die Erklärung für den Widerspruch zwischen den „quälend langen Wartezeiten und der angeblichen Überversorgung mit Therapeuten“ sei, dass die unter anderem vom NRW-Gesundheitsministerium veröffentlichten Zahlen auf einer „falschen Kalkulationsgrundlage“ beruhen. Mit der Einführung der Berufe der Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten sei 1999 eine Bezugsgröße festgelegt worden, die bereits damals falsch war.

„Ich bin damals für Nordrhein-Westfalen von einer Unterschreitung des Bedarfs um etwa 40 Prozent ausgegangen – wir sind also deutlich unter null gestartet“, so der Präsident der Psychotherapeutenkammer. Unabhängig davon habe sich der Versorgungsbedarf in den vergangenen Jahrzehnten „erheblich ausgeweitet“. Alleine in den letzten zehn Jahren hätten sich „die Zuweisungen und Nachfrage in etwa verdoppelt“.

Die SPD-Fraktion im Landtag fordert deshalb mehr kassenfinanzierte Therapeuten. „Bereits vor den aktuellen Krisen hat der Gemeinsame Bundesausschuss einen Bedarf von zusätzlichen 2400 Praxissitzen bundesweit ermittelt – diese



„Das Land muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Sonderzulassungen zu erwirken und so die psychotherapeutische Versorgung sicherzustellen

Lisa-Kristin Kapteinat, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

Erkenntnis ist von September 2018“, sagt Rodion Bakum, Mitglied im Landtagsausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Seitdem jedoch seien lediglich 738 neue Praxissitze zugelassen worden, in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 117. In diesem Kontext von einer Überversorgung zu sprechen, sei schlichtweg „Realitätsverkennung“.

Deshalb brauche es „ein politisches Rezept für die seelische Gesundheit in unserem Land: mehr Fachkräfte, mehr Kassensitze, mehr Aufklärung“, ergänzt Lisa-Kristin Kapteinat, Vize-Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Die Bedarfsplanung des Gemeinsamen Bundesausschusses müsse von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern überarbeitet werden. „Sie muss künftig kleinräumlicher sein, damit auch benachteiligte Stadtteile und Gemeinden innerhalb von Großstädten und Kreisen ausreichend versorgt werden können“, so Kapteinat. „Und kurzfristig muss das Land alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Sonderzulassungen zu erwirken und so die psychotherapeutische Versorgung sicherzustellen.“